

10 Anfragen (schriftlich)

10.1 Rettung von Grünflächen in St. Leonhard (GR. Sikora, KPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Im Innenhof der Leonhardstraße 61 sowie 67-69, neben der Energie Steiermark, also inmitten des Zentrums des beliebten Grazer Bezirks St. Leonhard, liegt in einer prächtigen Hoflage ein über Jahrzehnte gewachsener, wunderschöner Park. Leider möchten die Eigentümer dieser Grundstücke Wohnanlagen inklusive Tiefgaragen errichten, was unmittelbar zur Zerstörung der Grünflächen führen würde. Dieser Umstand hat bereits zu erheblichem Unmut geführt, nicht nur bei zahlreichen AnrainerInnen, sondern darüber hinaus auch bei vielen GrazerInnen, die diese Grünflächen lieben und bewahren wollen! Es wurde sogar eine Bürgerinitiative zum Erhalt dieser Grünflächen gegründet, die mittlerweile schon an die 500 UnterstützerInnen gefunden hat.

Für die Bauprojekte gibt es bislang nur einen rechtgültigen Baubescheid, die anderen Bauverhandlungen laufen noch. Damit wäre die Chance einer möglichen Änderung der Bauführung zugunsten des Erhalts des Parks noch intakt.

Gerade in Zeiten der Klimakrise ist jeder einzelne große Baum unter allen Umständen zu erhalten, da dieser für das kühlende Mikroklima essentiell wertvoll ist! Deshalb sollen zur Sicherung der Lebensqualität und Senkung der Temperaturen im Sommer von Seiten der Verantwortlichen der Stadt Graz diese Stadtoasen besonders geschützt und erhalten werden! Ersatzpflanzungen erreichen, wenn sie überhaupt in der Hitze überleben, erst nach vielen Jahrzehnten wieder dieselbe Kühlwirkung. Ein ausgewachsener Baum hat einen Kühleffekt von mehr als 2 kW (entspricht dem Effekt einer mechanischen Klimaanlage).

Mit ein wenig gutem Willen der Verantwortlichen der Stadt Graz würde dieses wertvolle Kleinod auf jeden Fall zu erhalten sein. Damit der vorhandene Park bestehen bleibt, müsste vor allem die geplante Tiefgarage umprojektiert bzw. nach Ersatz-Parkflächen gesucht werden. Im Bereich der Engelgasse gibt es nach Auskunft der AnrainerInnen bereits ausreichend Parkplätze inklusive freier Plätze in Tiefgaragen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Wären Sie dazu bereit, wie im Motivenbericht ausführlich beschrieben, in Verhandlungen mit den Bauträgern der Projekte Leonhardstraße 61 und 67-69 sowie mit den Liegenschaftseigentümern der Engelgasse und der EStAG einzutreten, um eine Änderung der Bauführung zu erwirken, damit eine Rettung der in diesen Krisenzeiten so wertvollen Grünflächen erreicht werden kann?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.2 (Total-)Ausfälle von Kursen auf der Stadtbuslinie 34E
(GR Dreisiebner, Grüne)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In letzter Zeit häufen sich Meldungen von Störungen und Ausfällen auf der Buslinie 34E und damit einhergehende Folgeprobleme – v.a. Überfüllung und mit dem Andrang einhergehende zusätzlich Fahrplanabweichungen auf der in diesen Fällen alleine verkehrenden Buslinie 34. Gerüchten folgend sollen die Ursachen einerseits in Personalproblemen beim fahrenden Personal der Graz Linien zu finden sein und andererseits sollen die Gelenksbusse, die für die Bedienung der Linie 34E vorgesehen

sind, für Ersatzbus-Einsätze aufgrund betriebsbedingter Ausfälle auf den Straßenbahn-Linien vom Buslinienbetrieb abgezogen und somit ersatzlos gestrichen werden.

Möglicherweise gibt es aber andere oder auch zusätzliche Begründungen für die sich häufenden, gravierenden betriebsbedingten Ausfälle auf dieser Stadtbuslinie, jedenfalls sind diese Störungshäufungen für die hunderten betroffenen Fahrgäste nicht tragbar.

In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG daher folgende

Anfrage:

Welche Begründungen gibt es seitens der Graz Linien für die gehäuft auftretenden Totalausfälle auf der Buslinie 34E und welche Maßnahmen sollen bis wann in Übereinstimmung mit dem Graz Linien Kontrollgremium gesetzt werden, um eine geregelte und dem Fahrplan entsprechende Bedienung der genannten Linie wieder sicher stellen zu können?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.3 Unterführung Josef-Huber-Gasse
(GRⁱⁿ Ussner, Grüne)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die UVP für die geplante Unterführung in der Josef-Huber-Gasse ist noch nicht abgeschlossen und könnte aufgrund der massiven zusätzlichen Lärmbelastung für Anrainer*innen negativ ausgehen. Dazu kommt noch die schlechte Luft, unter der die Anrainer*innen schon jetzt zu leiden haben. Den Messungen des städtischen Umweltamtes zufolge ist die Feinstaubbelastung in der Josef-Huber-Gasse doppelt so hoch wie an der Messstelle Don-Bosco, die sonst immer die höchsten Werte aufweist.

Auch die geplanten Investitionskosten in diese bereits längst überholte Infrastruktur sind enorm. Diese werden derzeit auf 30 Mio. € geschätzt und könnten letztendlich noch höher ausfallen. Damit soll für eine Autounterführung derselbe Betrag in die Hand genommen werden, der für Klimaschutzmaßnahmen im Klimafonds reserviert wird. Trotz all dieser, klar gegen das Projekt sprechenden Tatsachen, steht die Unterführung Josef-Huber-Gasse weiterhin auf Ihrer Agenda. Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgende

Anfrage:

1. Wie können Sie rechtfertigen, dass das Projekt Unterführung Josef-Huber-Gasse angesichts der drohenden Klimakrise weiter auf Ihrer Agenda steht?
2. Wie soll sich eine qualitätsvolle Umgestaltung des Griesplatzes mit dem zusätzlichen Kfz-Verkehr, der durch die Unterführung zu erwarten ist, vereinbaren lassen?
3. Was gedenken Sie zu tun, um die bereits gesundheitsbelastende Lärmsituation im Bestand zu sanieren?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.4 Grazer Klimaschutzpfad
(GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Klimaschutz ist die größte umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit und deren Zielerreichung berührt sehr viele Menschen, insbesondere die Jugendlichen. Die Klimaschutzziele sind aber nur dann zu erreichen, wenn viele verschiedene

weitreichende Maßnahmen gesetzt werden. Im Gemeinderatsbericht (Dez. 2019) wurden die notwendigen Reduktionen dargestellt:

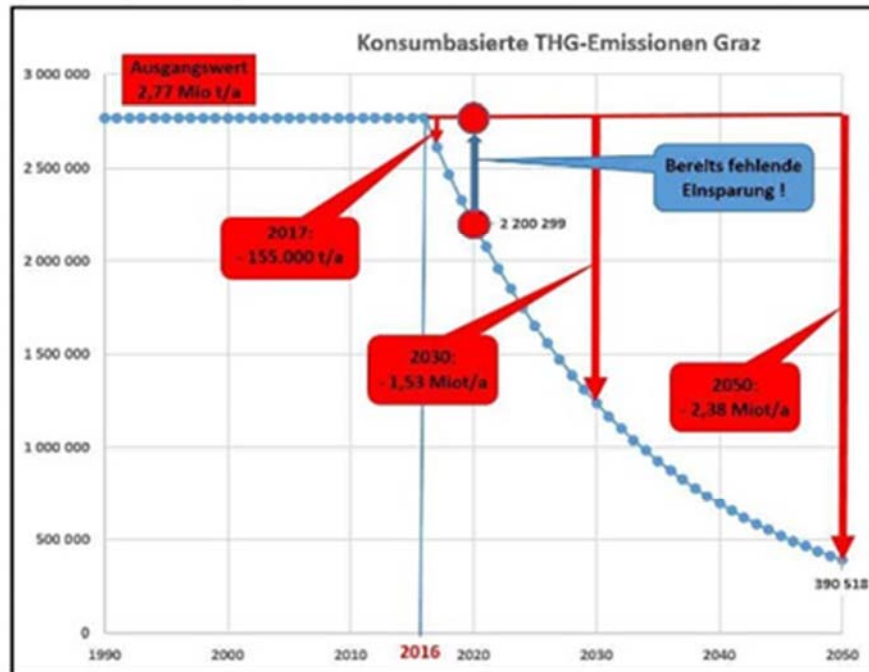


Diagramm 2: Skizzierung des 2016 bis 2050 errechneten Reduktionspfades, mit dem das verbleibende THG-Budget nicht überschritten wird (Umweltamt auf Basis der Studie Wegener Center Graz).

In der Stadtverwaltung und im Haus Graz gibt es aber einige Aktivitäten, die zeitlich parallel, aber nicht hinsichtlich Zielsetzung, Maßnahmen, Budgetierung, etc. zusammengeführt sind, ebenso wenig werden sie transparent und nachvollziehbar dargestellt.

So zum Beispiel:

1. Energiemasterplan (ehem. KEK 2020) – Wie geht es hier weiter?
2. Klimaschutzbeirat: Welche Aktivitäten finden hier statt und mit welchem Zeithorizont und wie werden die finanziellen Mittel verwendet?
3. Was sehen Bundesregierung bzw. Landesregierung an Klimaschutzmaßnahmen für Graz vor?
4. Welche Erfahrungen können aus dem Projekt „Vorzeigeregion Energieraumplanung“ gewonnen werden?

5. Werden Förderungen für den Raum Graz im Klimabereich abgeholt? Bspw. für die Energieraumplanung?
6. Welchen Stellenwert haben die Projekte Moderne Urbane Mobilität (Holding Graz), Wärmeatlas (green energy lab), Klimaaktionsplan 2018 - 2022, etc...

Entscheidend in Sachen Klimaschutz ist aber auf jeden Fall die größtmögliche Transparenz und somit Bewusstseinsbildung – das ist die Grundvoraussetzung, um die Bevölkerung erfolgreich einladen zu können, den Weg in Richtung Klimaschutz mitzugehen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie bereit zu veranlassen, dass im Sinne des Motivenberichtes mit Blickrichtung auf diese, die Bewusstseinsbildung unterstützende Transparenz ein Klimaschutzpfad ausgearbeitet wird, der nachdrücklich darlegt, welche Maßnahmen wann und unter welchen Voraussetzungen zu welchen Einsparungen bei den THG-Emissionen führen?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.5 Kommunale Abfallwirtschaft
(GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Sammlung, Behandlung und Entsorgung der Haushaltsabfälle stellt in unserer Stadt im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge einen wichtigen Umweltaspekt dar.

Auch die Vorgaben der Kreislaufwirtschaft, der SUP-RL, Kunststoffverpackungsziele, etc. werden weitere Anstrengungen erfordern.

Die derzeitige Diskussion über neue GmbHs, neue Geschäftsführer, weitere Austöchterungen von Gesellschaften bzw. Aufgabenverlagerungen führt einerseits zur Verunsicherung von den operativ Beschäftigten, weil Ausgliederungen im Regelfall zu schlechteren Arbeitsbedingungen führen. Zum anderen ist die Debatte zwischen öffentlicher und privater Beauftragung bedingt, weil die Aufteilung von Aufgaben zwischen privat und öffentlich meist in die Richtung geht, dass die gewinnbringenden Geschäftsbereiche der Private bekommt und die defizitären Bereiche bei der öffentlichen Hand bleiben. Vielmehr müsste die Diskussion um die zentrale Fragestellung kreisen, wie die kommunalen Aufgaben zu Gunsten der Allgemeinheit, der GebührenzahlerInnen bestens gelöst werden kann. Vielmehr sollte die Rekommunalisierung bereits ausgelagerter Bereiche vorangetrieben werden.

Wir wollen eine kommunale Abfallwirtschaft, eine Daseinsvorsorgeleistung, die von unseren kommunalen Betrieben mit kommunalen Beschäftigten erbracht wird. Und wir wollen uns darauf verlassen können und nicht bei dieser Vorsorgeleistung in Abhängigkeit von privaten Unternehmen sein, weil die Steuerungsmöglichkeit der Stadt zentral ist.

Wir wollen auch eine kommunale Abfallwirtschaft, deren Erträge in der Kommune verbleiben und nicht an Private ausgeschüttet werden. Die Servus Dienstleistungs GmbH hat sich in den letzten Jahren zu einer wahren Cash-Cow der öffentlichen Hand entwickelt. Drei Zahlen verdeutlichen dies: Betrag des Ergebnis vor Steuern im Jahr 2016 € 268.000,-, stieg dieser Wert im Jahr 2017 auf € 1,01 Mio. und stieg weiter im Jahr 2018 auf € 1,666 Mio. Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 50,6 %, die Gesamtkapitalrentabilität 15,5%. Das sind Werte, die ein Großteil der steirischen Privatbetriebe nicht erreicht. Um die Bedeutung dieser Cash-Cow für die öffentlichen Finanzen darzulegen, wird auf die Gewinnausschüttung des Jahres 2018 verwiesen, wo

insgesamt 1,432 Mio. Euro an die Holding und an die EBG Entsorgungsbeteiligungs GmbH ausgeschüttet wurden. Summen die von den Gebühren der Grazer Haushalte stammen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

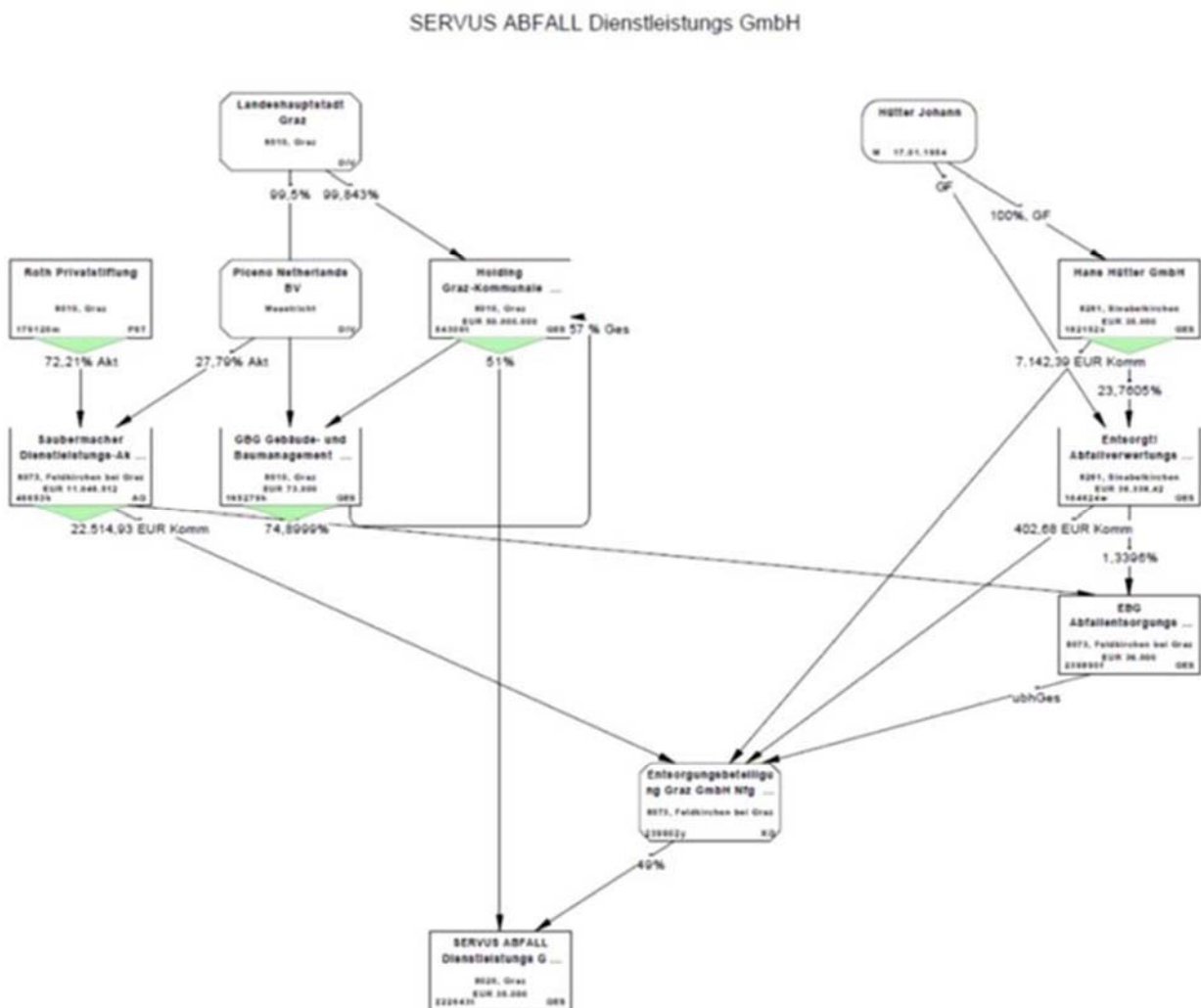
Anfrage:

1. Angesichts dieser überaus positiven wirtschaftlichen Kennzahlen ist es nicht verwunderlich, wenn private Investoren großes Interesse an diesem Bereich hätten. Werden in mittelfristiger Zukunft seitens der Stadt Graz Privatisierungen in diesem Bereich angestrebt?
2. Wie hoch waren die Gewinnausschüttungen der Jahre 2016 und 2017 der Servus Abfall Dienstleistungs GmbH & Co KG und der Servus Abfall Dienstleistungs GmbH?
3. Welche Aufgaben im kommunalen Abfallbereich erledigt die Stadt selber, welche Aufgaben hat sie PPPs bzw. via Verträgen privaten Dritten übertragen?
4. In welchen städtischen Abfallbereichen sind Veränderungen in Struktur und Aufgabenbereich geplant?
5. In welchen Abfallbereichen von in Zukunft umzusetzenden rechtlichen Vorgaben wird die Stadt selbst die Aufgabe wahrnehmen und in welchen nicht?
6. Ist es geplant, die Restmüllsammlung von der Holding zur Firma Servus zu verschieben?
7. Welche Auswirkung hat die Verschiebung der Restmüllsammlung auf die Beschäftigten und ihre Verträge (Kollektivvertrag, Dienstzuweisung)?
8. Holding 2.0: Was versteckt sich dahinter?
9. Recyclingcenter Nord: Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung und wie sieht das Strategie- und Betriebsführungskonzept aus?

10. Wo lag der Kostendeckungsgrad 2019 (Gebühreneinnahmen – Ausgaben für die kommunale Abfallbewirtschaftung)?
11. Für welche Abfallfraktionen werden positive bzw. negative Deckungsbeiträge lukriert?
12. Ist die Indexierung der Gebühren zeitgemäß?
13. Wann wird der Regionale Abfallwirtschaftsplan aus dem Jahr 2007 erneuert und dem Gemeinderat vorgelegt und inwieweit folgt die Organisation diesen Vorgaben?

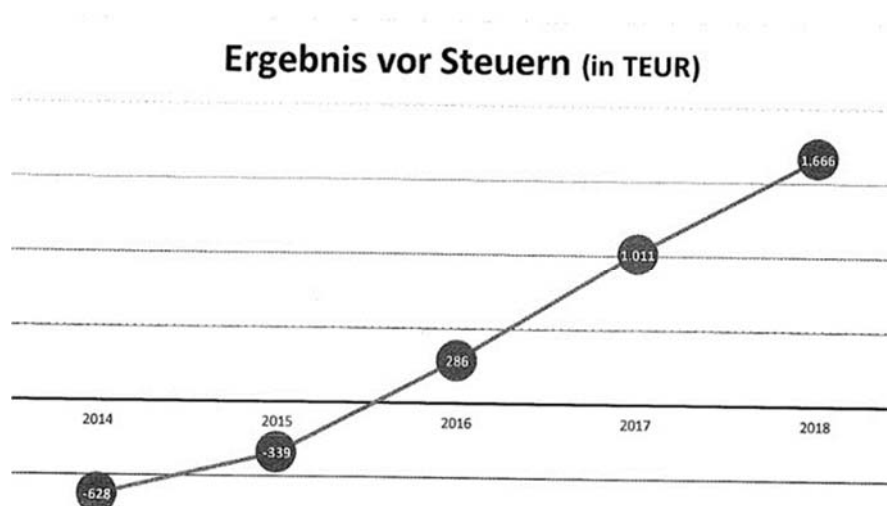
Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Anlage 1:



Anlage 2:

Die Geschäftsentwicklung der Servus⁵ stellt sich rückblickend auf die letzten fünf Geschäftsjahre wie folgt äußerst positiv dar:



Anlage 3:

Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity – ROE)

Berechnung: Ergebnis vor Steuern / durchschnittlich gebundenes Eigenkapital
inkl. Investitionszuschüsse

	2018	2017
Ergebnis vor Steuern	1.666	1.018
durchschnittlich geb. Eigenkapital	3.294	2.239
Eigenkapitalrentabilität (ROE)	50,59%	45,49%

Die Eigenkapitalrentabilität zeigt die Verzinsung des Eigenkapitals.

Gesamtkapitalrentabilität (Return on Investment – ROI)

Berechnung: Ergebnis vor Zinsen und Steuern / durchschnittlich gebundenes Gesamtkapital

	2018	2017
Ergebnis vor Zinsen und Steuern	1.792	1.084
durchschnittlich geb. Gesamtkapital	11.559	8.370
Gesamtkapitalrentabilität (ROI)	15,50%	12,95%

**10.6 Keine Barrierefreiheit beim großen Silvesterevent am Hauptplatz
(GR Ehmman, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

So erfreulich wie auch wichtig es ist, dass sich die Stadt Graz zu Barrierefreiheit bekennt, dass sich unsere Menschenrechtsstadt auch dazu verpflichtet hat, mittels eines Aktionsplanes die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen, so hinkt doch die Realität leider noch hinter den Absichtserklärungen her. Und das ist überaus bedauerlich.

So geschehen bei der großen Silvesterfeier am 31. Dezember 2019 am Hauptplatz, die von der Stadt völlig zu Recht als pyrotechnikfreier Jahreswechsel-Höhepunkt in allen Medien angekündigt wurde. Allerdings: RollstuhlfahrerInnen waren von diesem Höhepunkt mehr oder weniger ausgeschlossen - denn für sie war kein eigener Bereich reserviert worden. Das führte letztlich dazu, dass einige RollstuhlfahrerInnen, die in großer Vorfreude auf dieses Fest in die Grazer Innenstadt gekommen waren, noch vor der großen Silvestershow wieder enttäuscht nach Hause fahren mussten. Denn selbstverständlich ist es schwer bis gar nicht möglich, in einem Rollstuhl sitzend und eingeklemt in Menschenmassen an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

1. Wer zeichnete dafür verantwortlich, dass bei der großen Silvesterveranstaltung am Grazer Hauptplatz am 31. Dezember des vergangenen Jahres insofern nicht auf die Barrierefreiheit geachtet wurde, als für RollstuhlfahrerInnen kein eigener Bereich reserviert worden war?

2. Auf welche Weise wird seitens der Stadt Graz grundsätzlich darauf geachtet, dass bei sämtlichen Veranstaltungen im öffentlichen Raum sowie solche, von der Stadt Graz organisiert oder zumindest mitfinanziert werden, die Barrierefreiheit sichergestellt ist?
3. Gibt es für VeranstalterInnen bzw. OrganisatorInnen Konsequenzen, wenn bei Veranstaltungen der Stadt oder bei solchen, die von der Stadt unterstützt werden, keine Barrierefreiheit gesichert ist und wenn ja, welche?
4. Gibt es Überlegungen, dass, wenn eine solche Barrierefreiheit nicht sichergestellt ist, in Zukunft Pönalen zugunsten gemeinnütziger Projekte in Zusammenhang mit Inklusion einverlangt werden?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.7 Postenbesetzungen/Leitungsfunktionen im „Haus Graz“ (GR Ehmman, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In den vergangenen Tagen, Wochen und Monaten ist der Themenkomplex „Parteilpolitisch motivierte Postenbesetzungen“ in einem besonderen Maße in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten – beginnend mit der sogenannten Casino-Besetzung unter Türkis-Blau über einen Mail-Irrläufer aus der Bildungsdirektion bis hin zu anstehenden – und teilweise offenbar freihändigen – Vergaben von Spitzenjobs in der Graz Holding.

Dem allen liegt – so zumindest scheint die Öffentlichkeit den Eindruck zu gewinnen – ein System mit parteipolitisch motiviertem Postenschacher übelster Ausprägung zugrunde; und obwohl die Politik von Objektivität spreche und mit Ausschreibungen, teils teuren Assessment-Verfahren und Hearings argumentiere, wäre diese Objektivität nur Schein und nicht Wirklichkeit.

Dem gilt es gegenzusteuern, mit Fakten und Transparenz ebenso wie mit einer Evaluierung bei Personalbesetzungen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgende

Anfrage:

1. In welchen Magistratsabteilungen wurden seit dem Jahr 2008 die Abteilungsleitungen neu besetzt?
2. Welche dieser Magistratsabteilungen wurde neu geschaffen und standen erstmalig zu Besetzung?
3. Welche dieser Magistratsabteilungen wurden öffentlich ausgeschrieben, welche intern und welche überhaupt nicht?
4. Sofern diese intern ausgeschrieben oder überhaupt nicht ausgeschrieben wurde: Warum wurde dieses Vorgehen gewählt?
5. Wurden in den mit neuen LeiterInnen zu besetzenden Magistratsabteilungen vorübergehend interimistische/provisorische LeiterInnen eingesetzt und wenn ja, wo erfolgte dies, wer übernahm die interimistische Leitung und wie wurde diese Besetzung begründet?
6. Wie viele BewerberInnen haben sich bei den jeweiligen Ausschreibungen betreffend Punkt 1 beworben?
7. Wurden zur Besetzung dieser Abteilungsleitungen Hearings angesetzt und wenn ja, in welchen Bereichen und in welcher Zusammensetzung fanden diese Hearings statt?
8. Wie viele BewerberInnen nahmen an den jeweiligen Hearings teil?
9. Wer wurde letztlich jeweils mit der Leitung der jeweiligen Magistratsabteilung betraut?
10. In welchen Arbeitsbereichen (Arbeitgeber/Dienstgeber, konkrete Dienststelle etc.) waren die neu bestellten AbteilungsleiterInnen zuvor tätig gewesen?

11. In welchen städtischen Beteiligungen, Unternehmen (inklusive Holding) wurden seit 2008 GeschäftsführerInnen, Vorstände, Stabstellenleitungen, mittleres Management neu besetzt?
12. Welche dieser in Punkt 11 genannten Positionen waren neu geschaffen worden und standen erstmalig zur Besetzung an?
13. Welche dieser in Punkt 11 genannten Positionen wurden öffentlich ausgeschrieben, welche intern und welche überhaupt nicht?
14. Bezugnehmend auf Punkt 12: Sofern intern ausgeschrieben oder überhaupt nicht ausgeschrieben wurde: Was waren die Gründe für dieses Vorgehen?
15. Wurden in den in Punkt 11 genannten Positionen bis zur Bestellung vorübergehend interimistische/provisorische LeiterInnen eingesetzt und wenn ja, wo erfolgte dies, wer übernahm die interimistische Leitung und wie wurde diese Besetzung begründet?
16. Wie viele BewerberInnen haben sich bei den jeweiligen Ausschreibungen für die in Punkt 11 genannten Positionen beworben?
17. Wurden betreffend die in Punkt 11 genannten Postenbesetzungen Hearings angesetzt und wenn ja, in welchen Bereichen und in welcher Zusammensetzung fanden diese Hearings statt?
18. Bezugnehmend auf Punkt 17: Wie viele BewerberInnen nahmen an den jeweiligen Hearings teil?
19. Wer wurde letztlich jeweils mit der Leitung der in Punkt 11 genannten Positionen betraut?
20. In welchen Arbeitsbereichen (Arbeitgeber/Dienstgeber, konkrete Dienststelle etc.) waren diese zuvor tätig gewesen?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.8 Bearbeitung/Beantwortung der Bezirksratsanträge
(GR Mag. Haßler, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Bezirksdemokratie lebt zu einem ganz wesentlichen Teil davon, dass seitens der Bezirksräte Forderungen, Anliegen oder Beschwerden aus der Bezirksbevölkerung mittels Anträgen an die Stadt Graz übermittelt werden. Im Schnitt gehen, wie man hört, jährlich an die 200 Bezirksratsanträge an die Präsidialabteilung ein, die von dieser an die jeweiligen Fachabteilungen mit dem Ersuchen um Beantwortung weitergeleitet werden. Wobei angeblich nicht jeder Antrag seitens der einzelnen Fachabteilungen – wohl auch aus Überlastung - rasch beantwortet wird, sondern sich die Präsidialabteilung häufig gezwungen sieht, zweimal jeweils in Monatsfrist zu urgieren. Diese Vielzahl an Initiativen und Anträgen darf aber dennoch nicht dazu führen, dass Antworten oft monatelang ausbleiben, gar nicht wenige Initiativen sogar völlig unbeantwortet bleiben. Die Bezirksräte, die solche Anträge stellen, verdienen sich eine Reaktion und die BürgerInnen und Bürger, die sich an die Bezirksvertretungen wenden, erwarten zu Recht, dass sie auf ihre Anliegen eine Antwort erhalten. Und wenn schon nichts anderes möglich ist, dann wenigstens ein „Tut uns leid, ist aus diesem und jenem Grund nicht machbar...“. Klar ist jedenfalls eines: Bekennt man sich zur Bezirksdemokratie und zu den Bezirksvertretungen/Bezirksräten sowie zur Möglichkeit der Antragsstellung, ist seitens der Stadt dafür Sorge zu tragen, dass diese Bezirksratsanträge auch fristgerecht beantwortet werden – und zwar alle. Sei es, dass dies noch deutlicher über diverse Geschäftsordnungen formuliert werden muss oder durch Änderungen des Ablaufs in Form der Einbindung der jeweiligen StadtsenatsreferentInnen, sei es durch eine entsprechende personelle Ausstattung in der Präsidialabteilung.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgende

Anfrage:

1. Wie viele Bezirksratsanträge wurden in der laufenden Periode – aufgeschlüsselt auf das jeweilige Jahr, den Bezirk, die Bezirksratsfraktion und die zuständige Fachabteilung - eingebracht?
2. Wie viele dieser Bezirksratsanträge aus der laufenden Periode blieben – aufgeschlüsselt auf das jeweilige Jahr, den Bezirk, die Bezirksratsfraktion und die zuständige Abteilung – bislang unbeantwortet?
3. Wie lange dauert im Durchschnitt die Beantwortung einer Bezirksratsinitiative?
4. Was sind die Gründe dafür, wenn Bezirksratsanträge unverhältnismäßig lange unbeantwortet bleiben?
5. Wie ist es zu erklären, dass manche Bezirksratsanträge überhaupt unbeantwortet bleiben und ist eine derartige Vorgehensweise geschäftsordnungsgemäß?
6. Gibt es Überlegungen, wie die Reaktion auf Bezirksratsinitiativen verbessert werden könnte und welche begleitenden Maßnahmen wären dafür erforderlich?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.9 Entwicklung des MitarbeiterInnenstandes in der Holding Graz (GR Mag. Haßler)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage:

Wie hat sich in der Holding Graz der MitarbeiterInnenstand/die Zahl der Beschäftigten in Jahresschritten seit Jänner 2011 bis Jänner 2020 in den folgenden Bereichen verändert:

1. In der Holding Graz insgesamt – unter Aufschlüsselung neu übernommener bzw. abgegebener Geschäftsfelder?
2. Im Bereich Services insgesamt – unter Aufschlüsselung neu übernommener bzw. abgegebener Aufgabenbereiche?
3. Im Bereich Marketing/Öffentlichkeitsarbeit (inklusive achtzigzehn)?
4. Bei den Graz Linien?
5. Im Grünraum?
6. Wie hat sich in besagtem Zeitraum die Zahl der konkret im Fahrdienst eingesetzten MitarbeiterInnen bei den Linien Graz verändert?
7. Wie hat sich in besagtem Zeitraum die Zahl der konkret in der Müllabfuhr eingesetzten MitarbeiterInnen entwickelt?
8. Wie hat sich in besagtem Zeitraum konkret die Zahl der vor Ort für Grünraumpflege eingesetzten MitarbeiterInnen entwickelt?
9. Wie hat sich in besagtem Zeitraum konkret die Zahl der auf Straßen/Plätzen/Gassen eingesetzten MitarbeiterInnen der Straßenreinigung entwickelt?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.10 Schutzweg Wetzelsdorfer Straße/Gaswerkstraße (GR Mag. Haßler, SPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Seit Jahrzehnten kämpfen die Bezirksvertretungen von Eggenberg und Wetzelsdorf um einen Schutzweg im Kreuzungsbereich Wetzelsdorfer Straße / Gaswerkstraße – bisher leider vergeblich. Und das, obwohl die Verkehrssituation immer prekärer und die Gefährdung für die FußgängerInnen immer größer wird. Denn mittlerweile ist die Wetzelsdorfer Straße – wie die täglichen enormen Staus beweisen - zu einer der meistbefahrenen Ost-West-Verbindungen in

diesem Stadtgebiet geworden. Doch trotz des Umstandes, dass sich dort einerseits Tag für Tag eine regelrechte Verkehrslawine dahinbewegt und andererseits in der Faunastraße und den angrenzenden Seitengassen sowie entlang der Wetzelsdorfer Straße aufgrund reger Bautätigkeit viele neue Siedlungen entstanden sind, ist ein Schutzweg bis dato nicht errichtet worden. Und das, obwohl eingangs der Gaswerkstraße sich die Haltestellen der Linie 65 befinden und somit sehr viele Menschen, darunter zahlreiche Schulkinder, die Wetzelsdorfer Straße Richtung Öffi-Haltestellen queren. Was angesichts des extrem dichten Verkehrsaufkommens mehr als gefährlich ist. Argumente, wonach Verkehrszählungen vor Ort ergeben hätten, dass an dieser Stelle nicht ausreichend FußgängerInnen die Straße queren wollen, dürfen wohl als wenig stichhaltig zurückgewiesen werden: Mit solchen Zählungen lässt sich kaum der tatsächliche Bedarf erheben, da die Menschen – weil eben kein Zebrastreifen vorhanden ist – 30, 50 oder 100 Meter westlich oder östlich die Straße zu überqueren versuchen, und nicht gerade dort, wo das „Zählorgan“ steht.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher die

Anfrage:

Wann wird seitens der Stadt auf die zahlreichen Eingaben der Bezirksvertretungen Wetzelsdorf und Eggenberg sowie von besorgten AnrainerInnen endlich reagiert, um eine sicherere Querung im Bereich Wetzelsdorfer Straße/Gaswerkstraße für FußgängerInnen zu gewährleisten?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.11 Umbenennung „Linien Graz“ auf „Graz Linien“
(GR. Mag. Haßler, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dem Vernehmen nach ist eine Umbenennung der „Linien Graz“ in „Graz Linien“ – nach Vorbild „Graz Holding“ – angelaufen, wobei angeblich die Logos am gesamten Fuhrpark, der Dienstkleidung, allen Unterlagen etc. verändert werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in diesem Zusammenhang nachfolgende

Anfrage:

1. Auf wessen Veranlassung hin/in wessen Auftrag erfolgte diese Umbenennung von „Linien Graz“ auf „Graz Linien“?
2. Aus welchem Grund erfolgte diese Änderung?
3. Welche Auswirkungen sind mit der Änderung des Namens verbunden?
4. In welchen Bereichen – beispielsweise Fahrzeug-Aufschriften, Dienstkleidung, Briefpapier, Visitenkarten, Informationsmaterialien – muss aufgrund der Namensänderung eine Adaptierung des entsprechenden Logos vorgenommen werden?
5. Welche Kosten ergeben sich aus der Namensänderung und damit verbunden aus der Änderung des Logos insgesamt und wie sind diese Kosten im Detail zusammengesetzt?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.12 Bautätigkeiten der BIG im Bereich Sandgasse
(GR Mag. (FH) Muhr, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bereits im Frühjahr 2019 gab es informelle Berichte zu geplanten Bautätigkeiten der BIG im Bereich der Sandgasse - Inffeldgasse. Diesbezüglich habe ich bereits am 10. April 2019 in einer ordentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung einen entsprechenden Bericht erbeten. Seitens des Stadtplanungsamtes wurde in dieser Sitzung dazu vermerkt, dass der TU Masterplan noch nicht zur Gänze abgeschlossen sei, jedoch werde man bis zum Sommer 2019 dazu im Ausschuss berichten. Leider wurde zu den geplanten Bautätigkeiten der BIG bis heute im Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung kein Bericht erstattet. Allerdings lassen die informellen und nicht bestätigten Berichte aus dem Bereich der TU erahnen, dass im Bereich der Sandgasse und Inffeldgasse massive Bauvorhaben geplant sind und diese einerseits zu hohen temporären Belastungen für die Anrainer und Anrainerinnen in der Sandgasse und andererseits zu massiven Veränderungen und Belastungen für das Wirtschaftskundliche BRG Sandgasse und das BRG Petersgasse führen werden. Aus diesem Grund stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

1. Entspricht es den Tatsachen, dass seitens der BIG geplant ist, die gesamten Grünflächen entlang der Sandgasse (beginnend nach Hausnummer 22a und 22b bis zur Hausnummer 38) zu verbauen?
2. Wenn ja, welche Höhe werden die neu zu errichtenden Gebäude erreichen?
3. Entspricht es den Tatsachen, dass ebenso der gesamte, derzeit als Parkplatz des Wirtschaftskundlichen BRG Sandgasse und des BRG Petersgasse genutzte Bereich, verbaut wird?

4. Wenn ja, gibt es Pläne für Ersatzflächen, die von schulfremden Personen (z.B. Eltern, Busunternehmen, Lieferanten) im Zuge von Veranstaltungen des WIKU Graz und des BRG Petersgasse (z.B. Elternsprechtage, Schulfeste) benutzt werden können?
5. Entspricht es den Tatsachen, dass es angedacht ist eine Tiefgarage für Bedienstete der TU zu errichten?
6. Wenn ja, gibt es Vereinbarungen, die dem WIKU Graz und dem BRG Petersgasse Abstellflächen in der geplanten Tiefgarage für sein Lehrpersonal und seinen Angestellten im entsprechenden Ausmaß zusichern?
7. Entspricht es den Tatsachen, dass es geplant ist die Baustellenzufahrt und Baustellenausfahrt über die Sandgasse in die Petersgasse zu führen?
8. Wenn ja, warum wird nicht die Alternativstrecke über die Inffeldgasse verordnet?
9. Entspricht es den Tatsachen, dass im Zuge der Bautätigkeiten auch die Errichtung einer Verbindungsstraße zwischen Sandgasse und Brucknerstraße erfolgen soll?
10. Wenn ja, ist eine Verwendung diese Straße für den MIV und öffentlichen Verkehr geplant?
11. Wann ist der Baubeginn geplant?
12. Gibt es einzelne Bauabschnitte?
13. Bis wann wird der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung umfassend über die Bauvorhaben der BIG im Bereich der Sandgasse und Inffeldgasse informiert?
14. Sind Informationsveranstaltungen für die AnrainerInnen vorgesehen?
15. Wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt werden diese stattfinden?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**10.13 Besetzungen von Haus Graz Top-Jobs nach Parteibuch - Causa Nachbar
(GR. Swatek, Neos)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Nagl, seit Monaten beobachten wir als Opposition, aber auch die steirische Medienlandschaft aufmerksam die wichtige Vergabe von hochrangigen Jobs in den Grazer Stadtbetrieben. Immer wieder wurden dabei Namen in den Ring geworfen, die vor allem eines mit sich brachten: ein ÖVP-Parteibuch. Anfang diesen Monats war es dann so weit, für die oft im Zusammenhang mit Stadtjobs erwähnte Ex-Team-Stronach und ehemalige ÖVP-Nationalrätin Kathrin Nachbar, soll, wie Tageszeitungen auf Grundlage einer Aussage von Holding-Chef Malik berichteten, ein Job gefunden worden sein. Dabei soll es sich um eine leitende Stelle in der Grazer Energieagentur handeln. Da in unseren öffentlichen Unternehmen jedoch die klügsten und kompetentesten Bürgerinnen und Bürger sitzen sollten und nicht das Parteibuch als ausschlaggebendes Einstellungskriterium zählen sollte, ist es dringend Zeit, hier Licht ins Dunkle zu bringen. Insbesondere auch deshalb, weil Vorwürfe der Postenschacherei nicht nur dem Ansehen unserer Stadt, sondern auch der handelnden Personen schaden, ist es daher dringend nötig, endlich für transparente, offene und vor allem objektiv und nachvollziehbare Auswahlverfahren für Top-Jobs in unserer Stadt zu sorgen.

1. War die medial erwähnte „Leitungsposition in der Energieagentur“, neben dem derzeitigen GF Schmied ausgeschrieben?
 - 1.1 wenn ja, wo?
 - 1.2 wie lange war dieser Job auf den jeweiligen Plattformen ausgeschrieben?
 - 1.3 war der Job auf der Homepage der Stadt Graz im Bereich „Stellenausschreibungen im Haus Graz“ ausgeschrieben?
 - 1.4 wenn 1.3 ja, wie lange?
 - 1.5 wenn 1.3 nein, warum nicht?
 - 1.6 Wie sah die Ausschreibung aus? Welche Kriterien mussten KandidatInnen mitbringen?

- 1.7 wenn der Job nicht ausgeschrieben war: warum nicht?
2. Wenn 1. ja: Wie viele Bewerbungen gab es für die Stelle?
3. Wenn 1. ja: Welches Verfahren wird zur Auswahl des/der geeignete/n KandidatIn angewandt?
4. Wenn 1. ja: Nimmt eine unabhängige Agentur am Hearing teil?
5. Wenn 1. ja: Wie ist die Hearing-Kommission besetzt, wer gehört dieser an?
6. Wenn 1. ja: Wer sortiert KandidatInnen vor dem Hearing vor?
7. Bei Nachburs neuer Stelle im Haus Graz soll es auch um eine Funktion im “Marketingbereich für die Abwicklung von Klimaschutzprojekten in Kooperation mit der Energieagentur” gehen. Ist dies dieselbe Stelle wie in 1.?

Wenn nein:

- 7.1 Gab es für diese Funktion eine öffentliche Ausschreibung?
- 7.2 wenn ja, wo?
- 7.3 wie lange war dieser Job auf den jeweiligen Plattformen ausgeschrieben?
- 7.4 war der Job auf der Homepage der Stadt Graz im Bereich “Stellenausschreibungen im Haus Graz” ausgeschrieben?
- 7.5 wenn 1.4 ja, wie lange?
- 7.6 wenn 1.4 nein, warum nicht?
- 7.7 Wie sah die Ausschreibung aus? Welche Kriterien mussten KandidatInnen mitbringen?
- 7.8 wenn der Job nicht ausgeschrieben war: warum nicht?
8. Sie haben angekündigt, dass Nachbar sich einem Hearing stellen muss. Glauben Sie, es bewerben sich noch die klügsten Bürgerinnen und Bürger, wenn eine Vorentscheidung in den Medien bereits Thema ist?
9. Wie wollen Sie in Zukunft sicherstellen, dass Top-Jobs im Haus Graz transparent und objektiv, ohne Einfluss vom Parteibuch vergeben werden?
10. Welche Schritte wollen Sie setzen, um Auswahlverfahren für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar zu entscheiden?
11. Welche Schritte wollen Sie setzen, damit sich mehr Bürgerinnen und Bürger auf Top-Jobs der Stadt Graz bewerben?

12. Welche Schritte wollen Sie setzen, damit sich die klügsten Köpfe unserer Stadt bewerben?
13. Sind Sie bereit, bei den höchsten Manager-Funktionen den Gemeinderat Einblick in die Abläufe zu gewähren, damit dieser seine Kontrollfunktion wahrnehmen kann?
14. Welchen Kontrollmechanismus wollen Sie schaffen, um sicher zu gehen, dass stets objektive Kriterien und vor allem die Kompetenz bei der Auswahl von Top-Jobs, stattfinden?
15. Sind Sie bereit, detaillierte Regelungen für die Auswahl und die Ausschreibung von Top-Jobs im Haus Graz festzulegen?

Die Anfrage wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.